



Ergebnisniederschrift

Sitzung des Ausschusses Kredit- und Finanzwirtschaft der IHK für München und Oberbayern, am Dienstag, 15.11.2022, 16:00 – 18:00 Uhr, digitale Sitzung

Tagesordnung

	Seite
TOP 1 Begrüßung Dr. Marcus Lingel Vorsitzender	2
TOP 2 Widerstandsfähigkeit und Innovation durch Beteiligungskapital Dr. Hendrik Brandis Earlybird Venture Capital	2
TOP 3 Zukunft des Finanzmarkts und Positionen des BVK Amid Jabbour Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e.V.	3
TOP 4 Diskussion	4
TOP 5 Aktuelles aus der IHK Dr. Tina Emslander IHK für München und Oberbayern	5
TOP 6 Verschiedenes Dr. Marcus Lingel Vorsitzender	7

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Anlagen:

1. Gesamtpräsentation IHK
2. Präsentation des BVK

TOP 1 Begrüßung

Herr Dr. Marcus Lingel, Vorsitzender des IHK-Ausschusses Kredit- und Finanzwirtschaft, begrüßt die virtuell teilnehmenden Mitglieder.

Nach der Vorstellung der Tagesordnung fasst Herr Dr. Marcus Lingel die bereits vorhandenen Positionen zum Thema Beteiligungsfinanzierung zusammen (siehe Anlage 1, Folie 3-4). Folgendes ist bereits umgesetzt worden:

- Im Bereich Finanzierung konnten durch die politische Interessensvertretung gemeinsam mit dem DIHK erste Erfolge für Teilsegmente verzeichnet werden (z.B. Zukunftsfonds Deutschland (teilweise), Wachstumsfonds Bayern und KfW Venture Debt Programm).
- Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen (z.B. steuerliche F&E Förderung, Umsatzsteuerbefreiung von Verwaltungsleistungen, Berücksichtigung von Verlusten (teilweise), etc.).
- Sicherung von Unterstützungsangeboten bzgl. der Internationalisierung für Scale-ups und die Weiterführung von wachstumsunterstützenden Förderprogrammen für Start-ups.

TOP 2 Widerstandsfähigkeit und Innovation durch Beteiligungskapital

Dr. Hendrik Brandis, Mitbegründer und Partner von Earlybird Ventures, hält einen Vortrag zur „Widerstandsfähigkeit und Innovation durch Beteiligungskapital“:

- Es besteht ein großer Bedarf für Wachstumsfinanzierung in Deutschland aufgrund von fehlendem Kapital:
 - In den Jahren von 1950 bis 1970: ca. 4 % des BIP (Deutschland) wurde in Wachstumsfinanzierung investiert, dies würde jährlich 100-150 Mrd. Euro entsprechen.
 - Aktuell wird lediglich 1 % des BIP (Deutschland) investiert, in den Jahren 2016 bis 2020 wurden insgesamt 15 Mrd. p.a. investiert.
 - Die Investitionsbeträge müssten sich p.a. um das 7-10-fache erhöhen, um auf das Investitionslevel vorangegangener Jahre zu gelangen.
- In Frühphasenfinanzierungen ist Deutschland im internationalen Vergleich auf Augenhöhe.

- Es besteht eine große Investitionslücke in der Skalierung und Kommerzialisierung von innovativen Konzepten und Grundlagenforschungen. Hier fehlt es derzeit an starkem Kommerzialisierungskapital.
- Darstellung der aktuellen Situation in Deutschland:
 - Keine großen Kapitalpools vorhanden (z.B. VC-Fonds mit Voluminas von ca. 200-300 Mio. Euro – dagegen Anlagebedarf der Pension Funds ab 100 Mio. Euro pro Ticket).
 - Klassische Finanzierung via Mittelstandsbanken nicht mehr möglich. Eine Finanzierung von immateriellen Vermögensgegenständen ist bei hohem Wachstum nur durch Eigenkapitalfinanzierung (ggf. in Verbindung mit Krediten) möglich.
 - Hinzu kommt die lange Abwicklungsdauer bei Venture Capital Fonds (im Schnitt 15 Jahre). Daher müsste während dieser Zeit die Liquidität erhöht werden (z.B. wie bei 30-jährigen Anleihen). Es fehlt die Möglichkeit, einen Preis festzustellen und auf dieser Basis über eine Börse handeln zu können. Eine solche Standardisierung ist jedoch bei Beteiligungen lt. Experten kaum möglich).
 - 70 % des amerikanischen Venture Capitals wird von Pensionsfonds und Stiftungen zur Verfügung gestellt aus kapitalstockfinanzierten Lebensversicherungen. Diese stehen in Deutschland wg. der umlagefinanzierten Altersvorsorge nicht zur Verfügung.

TOP 3 Zukunft des Finanzmarkts und Positionen des BVK

Amid Jabbour, Leiter Politische Beziehungen beim Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften, hält einen Vortrag zum Thema „Zukunft des Finanzmarkts und Positionen des BVK“ (siehe Anlage Nr. 2).

- Der deutsche Venture Capital Markt ist weiter auf Wachstumskurs, aber international nicht wettbewerbsfähig, da die Marktkapitalisierung zu gering ist. Daher dominieren internationale Investoren.
- Der Zukunftsfonds Deutschland wird mit 10 Mrd. Euro staatl. Kapital + im Ziel weitere 50 Mrd. Euro ausgestaltet, derzeit wird die Einwerbung von privatem Kapital forciert. Der Fonds ist aufgliedert in 10 Module (u.a. Wachstumsfonds der KfW Capital und European Tech Champions Initiative ETCl) mit einer komplizierten Ausgestaltung aufgrund des geltenden EU-Beihilferechts.

Institutionelle Investoren haben derzeit Investitionshemmnisse. Daher wird eine stärkere Orientierung an Dänemark vorgeschlagen.

- Zukunftsfonds-Modul ETCl adressiert Wachstumsphasen mit großem Investitionsvolumen.
- Zukunftsfinanzierungsgesetz existiert derzeit in Eckpunkten, Referentenentwurf und Beschluss ist im Herbst 2023 geplant. Adressiert wird dort u.a.
 - Mitarbeiterkapitalbeteiligung und “Dry Income” - Problematik (Grenze 5 TEUR p.a. ist unrealistisch).
 - Steuerliche Rahmenbedingungen.

TOP 4 Diskussion:

- Hauptproblem in Deutschland ist die mangelnde Mobilisierung von Privatkapital für Wachstumsfinanzierungen in Later Stage Phasen innovativer Startups, v.a. über institutionelle Investoren/Versicherungen und Pensionskassen.
- Private Equity hat ausreichend funding und damit keine Probleme.
- Das größte Hemmnis ist die Regulatorik für Versicherungen und der Verbraucherschutz (Deckungsstockkapital, aufgrund starker Regulierung sind Investitionen in Venture Capital nicht möglich).
- „Aktienrente“ könnte zusätzliches Kapital mobilisieren. Fraglich ist allerdings, ob auch Anlagen in Wagniskapital fließen.
- Es gibt gute “Vorzeigeprojekte”:
 - “Wealth Funds” aus Norwegen mit Renditen von ca. 10 % im Schnitt der letzten 40 Jahre.
 - CPPIB (Canada Pension Plan Investment Board) Fonds wurde 1996 gegründet und verwaltet mittlerweile 520 Mrd. Euro (größter PE-Investor weltweit). Bürger profitieren von den erzielbaren Renditen, hierdurch wird die Altersarmut reduziert. Ähnlich dem CPPIB könnte in Deutschland ein Kapitalpool entstehen für Wachstumsfinanzierungen (z.B. 100 Mrd. Euro).
 - EIF (European Investment Fonds) ist ein aktiver Private Equity Investor in Deutschland. Es wäre von Vorteil, wenn Deutschland einen eigenen „EIF“ hätte. Dies ist derzeit noch nicht in Diskussion.
- Der deutsche Zukunftsfonds ist in staatlichem Management. Investoren sehen das als „Verstaatlichung“ der privaten Gelder. Die Umsetzungsdauer ist viel zu lange.

- Durch ESG-Dokumentation und EU-Taxonomie Kriterien wird eine transparente Risikoeinstufung noch komplexer und zeitintensiver (vor allem wenn öffentliche Gelder involviert sind).
- Steuertransparenz in Deutschland: BMF-Schreiben von 2003 als Abgrenzung hin zur Gewerblichkeit in eine gesetzliche Lösung bringen. Beratungsaspekte ausdefinieren, so dass mehr Rechtssicherheit entsteht.
- Die datenschutzrechtlichen Anforderungen auf EU-Ebene hemmen digitale Innovationen.
- Deutschland gibt für Investitionen im Ausland 200 Mrd. Euro Investitions Garantien. Die Investitionen wandern ins Ausland und schaffen dort Wohlstand. Als Folge davon fehlen die Experten, die neue Technologien beurteilen können, in die Investitionen sinnvoll sind. Besser: Inländische Investitionen garantieren.
- In der Diskussion ergaben sich Zweifel bei den Diskussionsteilnehmern, ob/wie die diskutierten Punkte umsetzbar sind.

Forderungen aus der Diskussion:

- Regulatorik so anpassen, dass institutionelle Investoren auch in den Venture Capital Bereich mit z.B. bis zu 25 % des Gesamtanlagebetrages investieren können. Es stellt sich die Frage, ob eine Mindest-Investitionsquote für institutionelle Investoren einsetzbar wäre.
- Rückmeldung der Versicherungsbranche soll eingeholt werden.

TOP 5 Aktuelles aus der IHK

Frau Dr. Tina Emslander stellt die aktuellen Ergebnisse der Konjunkturumfrage vor (siehe Anlage Nr. 1, Folien 10-16):

- Noch nie sind die Geschäftserwartungen von einer Umfrage zur nächsten so stark gesunken: Ausdruck eines Unsicherheitschocks bei Unternehmen (Einbruch per Saldo um 31 Zähler von -6 auf -37 Punkte).
- Nur 10 % der Unternehmen erwarten eine Verbesserung, während 47 % von einer Verschlechterung ausgehen.
- Die befragten Unternehmen sehen die derzeitigen Finanzierungsbedingungen als Risiko an, es ist eine Verschlechterung einzelner Branchen zu erkennen: über alle Branchen hinweg verdoppelt sich das Risiko bei den Finanzierungen von Herbst 2021 mit 7% gegenüber Herbst 2022 auf 14%.
- In keiner Branche sind die Risiken so kritisch wie im Baugewerbe.

- Hohe Energie- und Rohstoffpreise, Zinssteigerungen und Inflationsraten sowie die sinkende Nachfrage an Wohn- und Gewerbeimmobilien lassen das Risiko von 6% im Herbst 2021 auf 25% im Herbst 2022 stark steigen.
- Die Branchen Dienstleistungen, Handel, Tourismus und Industrie sehen ebenso hohe Risikozuwächse bei Finanzierungen, jedoch weitaus niedriger als in der Baubranche.

Frau Dr. Tina Emslander stellt die aktuellen Entwicklungen der Gas- und Energiekrise vor:

- Die Gaspreise sind 2022 so hoch wie noch nie. Importpreise 2019: €/20/MWh, aktuell (Nov. 2022): rund 100 – 200 €/MWh, d.h. Faktor 5-10.
- Die zweite Warnstufe (Alarmstufe) des Notfallplans Gas ist ausgerufen, die Regierung schwört die Bürger und die Wirtschaft auf Energiesparen ein.
- Bei der Strom- und Wärmeproduktion brauchen viele Prozesse Gas, Wettbewerbsfähigkeit ist häufig nicht mehr gegeben.
- Politik sucht händeringend nach Lösungen, Mitwirkung IHK-Organisation, DIHK-Präsident Adrian Mitglied der Gaskommission, Dr. Gößl und Peter Kammerer intensiv im Gespräch mit der Landesregierung.
- Auf unserer IHK-Ratgeberseite sind die aktuellen Informationen für Unternehmen zu finden: Gaskrise: Was können Unternehmen jetzt tun? [Gaskrise: Was können Unternehmen jetzt tun? | IHK München \(ihk-muenchen.de\)](https://www.ihk-muenchen.de/gaskrise)
- Das Gasproblem entwickelt sich zu einem Strompreisproblem. Die Darstellung zu Merit-Order (bzw. wie der Stromhandel funktioniert) ist in der Anlage 1 zu finden.
- Politische Maßnahmen:
 - Bund (29.9.22): Abwehrschirm mit 200 Mrd. €.
 - Einmalzahlung im Dez.`22 plus Gas- und Wärmepreisbremse ab März `23 für Bürger und kleine Betriebe (SLP) bis 80% Basiskontingent; Für Großverbraucher (RLM) ab 1.1.2023 7 ct/kWh Arbeitspreis für Basiskontingent 70% (Vorjahr).
 - EU (30.9.22): Notfallverordnung Energie.
 - Strompreisbremse kommt nach ähnlichem Schema (40 ct/kWh für SLP- und 13 ct/kWh für RLM-Tarife), aber ohne Einmalzahlung.
 - Härtefallhilfen in Einzelfällen für Betriebe, die aufgrund hoher Energiekosten Verluste machen (Administration evtl. über IHKs).

- Gesetzgebungsverfahren: Entwürfe des Gesetzes liegen noch nicht vor. Am 28.11. Vorlage im Kabinett, BT-Lesungen noch nicht bekannt. Ziel ist das Inkrafttreten vor Jahresende.
- Anfang August trennte die IHK-GfI, IT-Serviceanbieter der IHK-Organisation, die IT-Systeme der 79 Industrie- und Handelskammern vom Internet. Wie aktuelle Erkenntnisse nun zeigen, war dies der richtige Schritt, um die IHK-Organisation und ihre Mitgliedsunternehmen vor gravierenden Schäden zu bewahren. Hinter dem Cyber-Angriff stecken nach Erkenntnissen der IT-Forensiker und des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik professionelle Hacker. Bisher konnte die IHK-GfI gemeinsam mit spezialisierten, vom BSI zertifizierten IT-Experten bereits einige Services wiederherstellen: So sind die Webseiten der meisten IHKs inzwischen wieder online erreichbar, über 60 Industrie- und Handelskammern sind mit Stand 19. September wieder per E-Mail erreichbar. Weiterhin stehen die wesentlichen IHK-internen Anwendungen zur Verfügung. Außerdem warnt die IHK-GfI ausdrücklich vor Trittbrettfahrern. Der Bekanntheitsgrad des Vorfalls könnte mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere Kriminelle animieren: Diese könnten Phishing, Social-Engineering und andere Methoden einsetzen, um von der Situation zu profitieren. Daher sollte man besonders wachsam sein im Umgang mit (vermeintlichen) E-Mails der IHK. Zuletzt verschickten Kriminelle beispielsweise Phishing-E-Mails, die Mitgliedsunternehmen aufforderten, sich „neu zu identifizieren“, ansonsten würde der jeweilige Account nach einer gewissen Frist gesperrt werden. Wenn Zweifel bestehen, ob eine E-Mail tatsächlich aus der IHK stammt, so sollte zur Absicherung eine kurze telefonische Klärung stattfinden.

TOP 6 Verschiedenes

Herr Dr. Marcus Lingel gibt ein Update zum aktuellen Sachstand der Basel III Finalisierung:

- Der Ministerrat der EU hat am 08.11.2022 die offizielle Position zu Basel III veröffentlicht.
 - Wichtigste Punkte: Übergangsregeln wurden beibehalten und geringfügige Änderungen vorgenommen (Sonderregeln für Unrated Corporates, Risikoarme Wohnimmobilienfinanzierungen und Derivate im Output-floor).
 - Verlustmultiplikator im OpRisk wird nicht aufgenommen.

- Einführung des FRTB um weitere 2 Jahre verschoben.
- Verzicht der Einführung spezifischer Risikogewichte für ESG-Risiken in Säule 1.
- Position Antizyklischer Kapitalpuffer:
 - Gemeinsames Positionspapier mit dem Genossenschaftsverband Bayern e.V., Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern, Sparkassenverband Bayern und dem Bayerischen Bankenverband.
 - Platziert beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dem Bayerischen Wirtschaftsministerium, Mitglieder des Bundestages (Ausschuss für Finanzen), Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und relevanten Verbänden und Dachorganisationen.

Herr Dr. Marcus Lingel bedankt sich bei den Mitgliedern für die virtuelle Teilnahme. Er kündigt die weiteren Termine im Ausschuss Kredit- und Finanzwirtschaft im Jahr 2023 an, die wieder in Präsenz stattfinden sollen:

- Die Frühjahrssitzung findet in Q1 2023 in Brüssel statt (Termin wird noch bekanntgegeben) [Nachtrag: 21.03. – 22.03. 2023]
- Die Herbstsitzung findet am 16.11.2023 von 16:00 bis 18:30 Uhr statt (in Präsenz)

Anschließend beendet Dr. Marcus Lingel die Sitzung um 18:00 Uhr.

Bernhard Eichiner
(Protokollführer)

Dr. Marcus Lingel
(Vorsitzender)

18. November 2022